

Michael Schlecht MdB

Fiskalpakt abwehren umfairteilen!

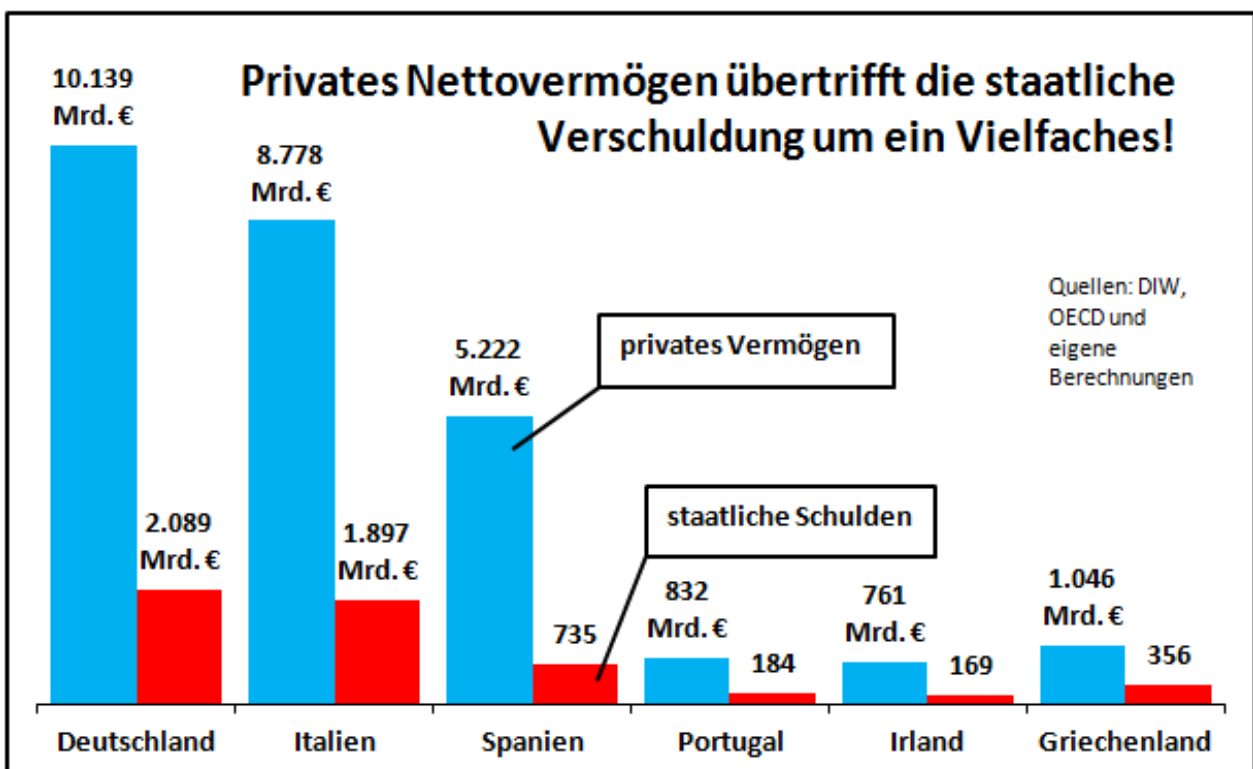
Der Fiskalpakt ist vom Bundesverfassungsgericht durch gewunken worden. Damit ist absehbar, dass er spätestens 2013 in Kraft tritt. Der Fiskalpakt will eine zusätzliche öffentliche Schuldenaufnahme so gut wie unterbinden und die Staatsverschuldung auf 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes zurückführen. Es drohen weitere massive Kürzungen bei sozialen Leistungen, Renten, Löhnen und Stellen im öffentlichen Dienst. „Das europäische Sozialstaatsmodell hat ausgedient,“ so der EZB-Präsident Mario Draghi.

Die Menschen werden weniger Geld zur Verfügung haben und können weniger kaufen. Die Wirtschaft wird abgewürgt. Unter diesen Umständen ist es mehr als fraglich, ob so die Staatsschulden überhaupt abgebaut werden

können. Denn eine geringere wirtschaftliche Aktivität bedeutet auch weniger Steuereinnahmen. Das kann sogar, wie in Griechenland, in einem extremen Teufelskreis aus schrumpfender Wirtschaft und immer neuen Kürzungsprogrammen enden.

Gleichwohl ist es sinnvoll Staatsschulden zu reduzieren. Denn die Zinszahlungen fließen weit überwiegend in die Taschen der reichsten zehn Prozent und verstärken damit die Verteilung von unten nach oben.

Die Schulden in Deutschland sind nicht dadurch entstanden, dass Geld für ein höheres Rentenniveau, bessere Bildung oder ein massives staatliches Investitionsprogramm zum ökologischen Umbau der Gesellschaft ausgegeben wurde. Stattdessen wurden die Staats-



schulden durch die Bankenrettungspakete und durch ein Steuersystem, das Millionäre und Multimillionäre bevorteilt, massiv in die Höhe getrieben. Allein die Bankenrettungen seit 2008 haben die deutschen Staatsschulden um knapp 400 Milliarden Euro erhöht. So die aktuelle Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von Klaus Ernst (DIE LINKE).

Die Steuergeschenke an Reiche und Konzerne aus den Jahren 2001 bis 2011, die sich aus den Steuerreformen der rot-grünen und rot-schwarzen Bundesregierungen ergaben, belaufen sich zusammengerechnet auf weitere rund 600 Milliarden Euro. Allein durch den Verzicht auf die Vermögenssteuer seit 1997 entgingen dem Staat Einnahmen von zusammengerechnet 100 Milliarden Euro.

Bankenrettungen und Steuergeschenke der letzten zehn Jahre beliefen sich zusammen auf eine Billion Euro. Die Staatsschulden stiegen im selben Zeitraum um den gleichen Betrag.

"Unser Finanzsystem ist am Ende. Wir haben in Deutschland 2100 Mrd. Euro Staatsschulden, aber knapp 5000 Mrd. Euro Geldvermögen der privaten Haushalte. Also, Geld ist da. Das Problem ist aber, dass es sich im Lauf der Jahrzehnte bei ganz wenigen zusammengeballt hat - und die Masse muss die Erträge erwirtschaften."

Dirk Müller, Börsenhändler, 19.12.2011, Financial Times Deutschland.

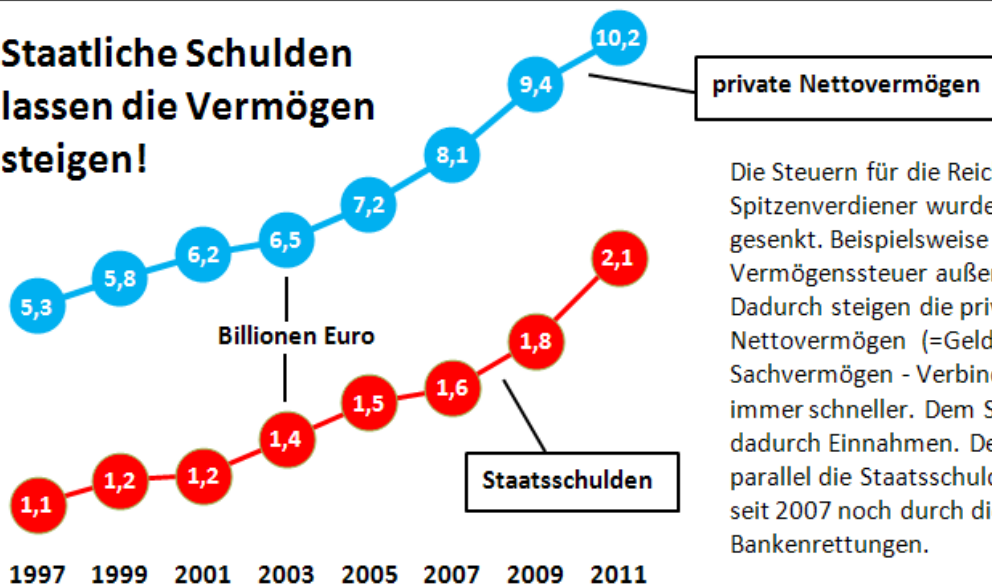
DIE LINKE will deshalb die Staatsverschuldung wieder zurückführen, aber dabei nicht Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose belasten. Möglich ist das durch eine einmalige Vermögensabgabe für Millionäre, wovon weniger als ein Prozent der steuerpflichtigen Bevölkerung betroffen wäre.

Siamesische Zwillinge: Höhere Staatsschulden und Vermögen der Superreichen

Das Vermögen setzt sich zusammen aus Sachvermögen und Geldvermögen. Zum Sachvermögen zählen Häuser, Bauland, Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen. Zum Geldvermögen zählen Bargeld, Einlagen, Aktien, Kapitalmarktpapiere, Zockerpapiere, Betriebsvermögen oder Versicherungsansprüche. Zieht man vom Vermögen die Schulden ab, wenn beispielsweise eine Familie einen Kredit zum Hauskauf aufgenommen hat, dann bleibt das Nettovermögen – auch Reinvermögen genannt – übrig.

Wie in anderen Ländern auch, beträgt das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland ein Vielfaches der Staatsschulden. Die privaten Nettovermögen beliefen sich 2011 auf zehn Billionen und die Staatsschulden auf gut zwei Billionen Euro. Die Differenz ist zwar beträchtlich, aber der Anstieg zwischen öffentlichen Schulden und privaten Nettovermögen

Staatliche Schulden lassen die Vermögen steigen!



Die Steuern für die Reichsten und Spitzenverdiener wurden immer weiter gesenkt. Beispielsweise wurde 1997 die Vermögenssteuer außer Kraft gesetzt. Dadurch steigen die privaten Nettovermögen (=Geldvermögen + Sachvermögen - Verbindlichkeiten) immer schneller. Dem Staat fehlen dadurch Einnahmen. Deshalb stiegen parallel die Staatsschulden, verstärkt seit 2007 noch durch die Kosten der Bankenrettungen.

Quelle: Destatis, Deutschen Bundesbank

verläuft parallel. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Besteuerung der Einkommen und Vermögen zu niedrig ist.

Die privaten Nettovermögen beliefen sich 2011 auf zehn Billionen und die Staatsschulden auf gut zwei Billionen Euro.

Doch wer besitzt überhaupt das gigantische Nettovermögen von zehn Billionen Euro? Die ärmere Hälfte – also 50 Prozent der gesamten Bevölkerung – besitzt laut Erhebung von 2007 keinen einzigen Cent dieser gigantischen Summe! Die reichsten zehn Prozent haben sich den überwiegenden Teil dieses gigantischen Kuchens unter den Nagel gerissen. Diese ungerechte Verteilung des Vermögens nimmt sogar immer weiter zu. Besaßen 2002 die reichsten zehn Prozent noch 58 Prozent des gesamten Vermögens, waren es fünf Jahre später bereits 61 Prozent. Und dieser Trend ist schon seit den 1990er Jahren zu beobachten. Das Vermögen der Reichsten wächst demnach schneller als das Nettovermögen der restlichen privaten Haushalte.

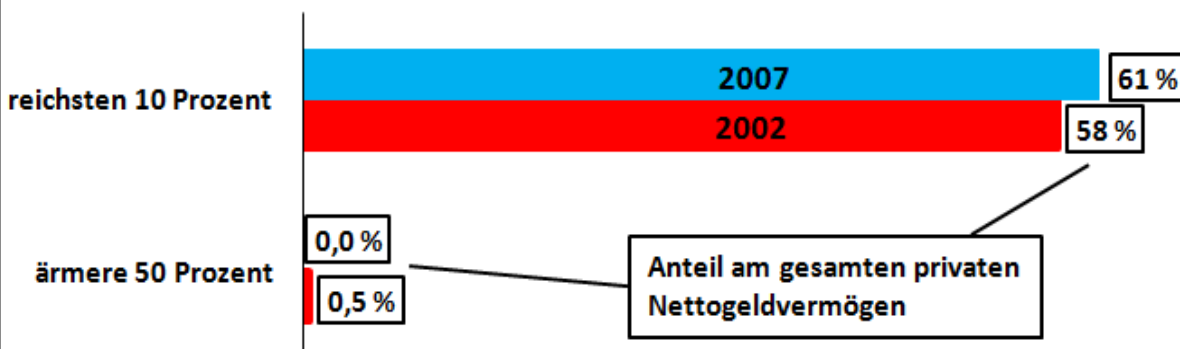
Ist Deutschland bei der ungleichen Vermögensverteilung ein Sonderfall?

Nein. Weltweit betrachtet verfügen die Dollar-Millionäre, die ungefähr nur ein Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, über 40 Prozent des globalen Gesamtvermögens. Allerdings nimmt nach Angaben der OECD unter allen entwickelten Ländern die ungleiche Verteilung in Deutschland besonders schnell zu.

Am ungleichmäßigsten ist in Deutschland das Betriebsvermögen verteilt. Hier liegt der Anteil der reichsten zehn Prozent bei 75 Prozent. Diese zunehmende Polarisierung ist das logische Ergebnis eines Wirtschaftssystems, in dem die Interessen einer verschwindend kleinen Minderheit aus Finanz- und Wirtschaftseliten dominieren und permanent gegen die Interessen von 99 Prozent der Bevölkerung durchgesetzt werden. Egal ob das die Rente mit 67, Leiharbeit, Hartz IV, die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer, die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge, die Senkung der Körperschaftssteuer oder eben die Abschaffung der Vermögenssteuer im Jahr 1997 war, immer haben davon die Reichsten profitiert und die Masse der Menschen wurde schlechter gestellt. Das Ergebnis: Dem wachsenden Reichtum an der Spitze steht eine stetig steigende Armutsquote gegenüber. In der EU sind heute mehr als 16 Prozent der Menschen von Armut betroffen. In Deutschland sind es inzwischen 15 Prozent – Tendenz steigend.

Die Reichsten werden reicher und die Hälfte hat gar nichts mehr

Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besaß 2002 gerade noch 0,5 Prozent des gesamten Nettogeldvermögens (Vermögen minus Schulden). 2007 hatte sie gar nichts mehr. Bei den reichsten zehn Prozent stapeln sich dagegen immer größere Anteile vom Vermögen. Inzwischen dürfte ihnen rund Zweidrittel gehören.



In unserem Land gilt jemand als armutsgefährdet, wenn er als Einpersonenhaushalt mit bis zu 848 Euro im Monat auskommen muss.

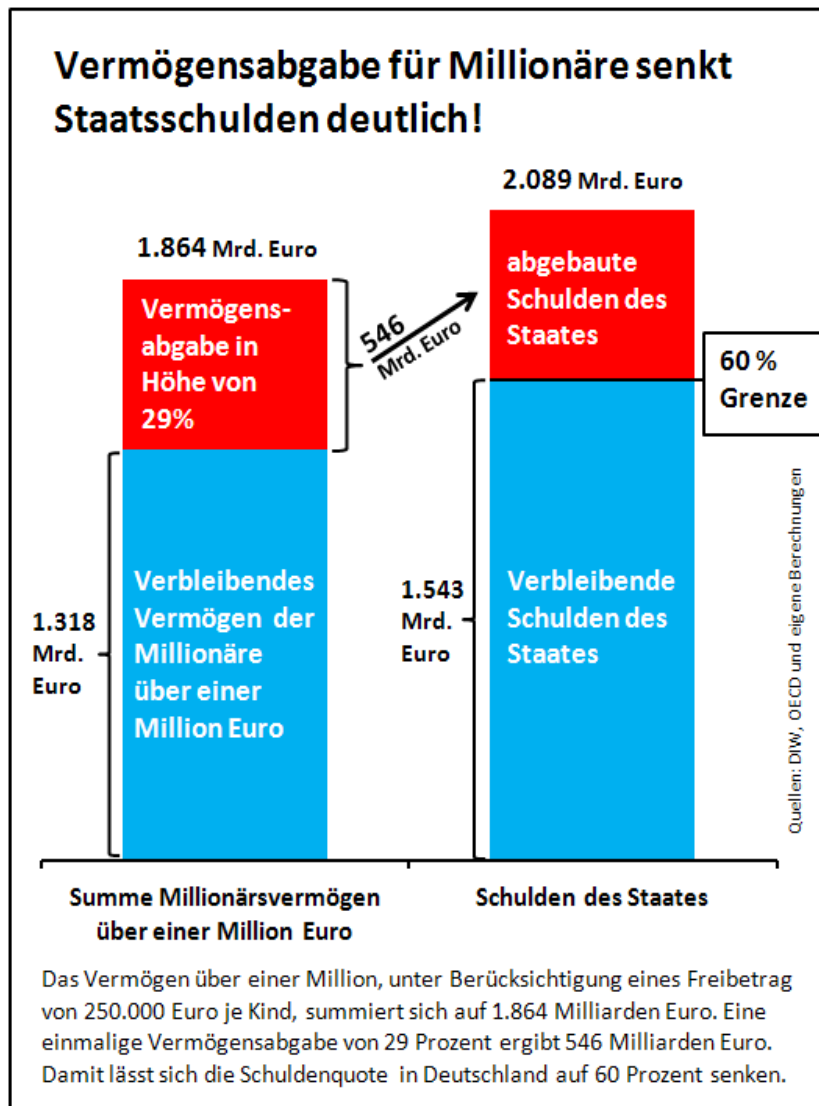
Staatsschulden sind ein gutes Geschäft

Durch diese ungerechte Politik ist nicht nur die Vermögensverteilung ungleicher geworden, sondern der Staat hat durch Steuersenkungen die Unternehmen und Vermögenden entlastet und so auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verzichtet. Die Reichen können sich einen armen Staat leisten und zusätzlich noch dafür

2011 musste der Staat Zinsen in Höhe von knapp 70 Milliarden Euro zahlen. In der EU kassieren Banken und Vermögende 2012 rund 400 Milliarden Euro an Zinsen. Das ist mehr als der gesamte Umfang des Bundeshaushaltes.

Gegenwärtig kann sich der deutsche Staat zwar so günstig wie nie Geld leihen, aber er profitiert dabei von einer Ausnahmesituation: der Kapitalflucht aus den Krisenländern der

Eurozone. Banken und Reiche verkaufen spanische und italienische Staatsanleihen und legen das Geld in deutsche Staatsanleihen an. Obwohl durch diese Umschichtung momentan die Zinsen für die deutsche Neuverschuldung extrem gedrückt werden, mussten 2011 aus dem deutschen Staatshaushalt Zinsen in Höhe von knapp 70 Milliarden Euro gezahlt werden. Geld, das viel besser für Bildung, soziale Sicherheit und höhere Renten ausgegeben werden sollte. In der EU kassieren Banken und Vermögende 2012 rund 400 Milliarden Euro an Zinsen. Das ist mehr als der gesamte Umfang des Bundeshaushaltes. Außerdem würde es die Binnenwirtschaft stärken, wenn das Geld nicht für den Zinsdienst, sondern für Kinderbetreuung oder kommunale Infrastruktur ausgegeben werden würde. Das Geld würde so in die Hände von Menschen umgeleitet werden, die nicht viel



Zinsen kassieren, dass sie ihm ihre Ersparnisse leihen.

haben und so einen größeren Anteil ihres Einkommens ausgeben. Das schafft Nachfrage.

Einmalige Vermögensabgabe für Millionäre

Das gesamte Nettovermögen der Millionäre in Deutschland summiert sich auf rund drei Billionen Euro. In einer aktuellen Studie hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung

(DIW) die Wirkung einer Vermögensabgabe berechnet, die auf das Nettovermögen natürlicher Personen ab einer Million mit einem zusätzlichen Freibetrag von 250.000 Euro je Kind zugreift. Durch eine solche einmalige Vermögensabgabe für Millionäre können die Staatsschulden gesenkt werden.

Das DIW berechnete für die so gestaltetet Millionärsabgabe ein steuerbares Vermögen – auch Bemessungsgrundlage genannt - in Höhe von 1,9 Billionen Euro. Dabei wurde sogar das Haushalts- und Gebrauchsvermögen sowie das Versicherungsguthaben im Rahmen der kapitalgedeckten Alters- und Gesundheitsvorsorge heraus gerechnet. Gleichwohl ist dieser Betrag fast so hoch wie die gesamte Staatsschuld Deutschlands. Theoretisch könnte der Staat sich also mit einer Abgabe von 100 Prozent auf die Vermögen oberhalb von einer Million fast sämtlicher Schulden entledigen.

Dies ist aber gar nicht notwendig, die staatlichen Schulden auf null zu reduzieren. So sind schuldenfinanzierte Investitionen des Staates in Infrastruktur und Bildung zum Beispiel durchaus sinnvoll, um die zukünftige Wirtschaftsentwicklung und damit auch die Steuereinnahmen positiv zu beeinflussen. Deshalb reicht es, die

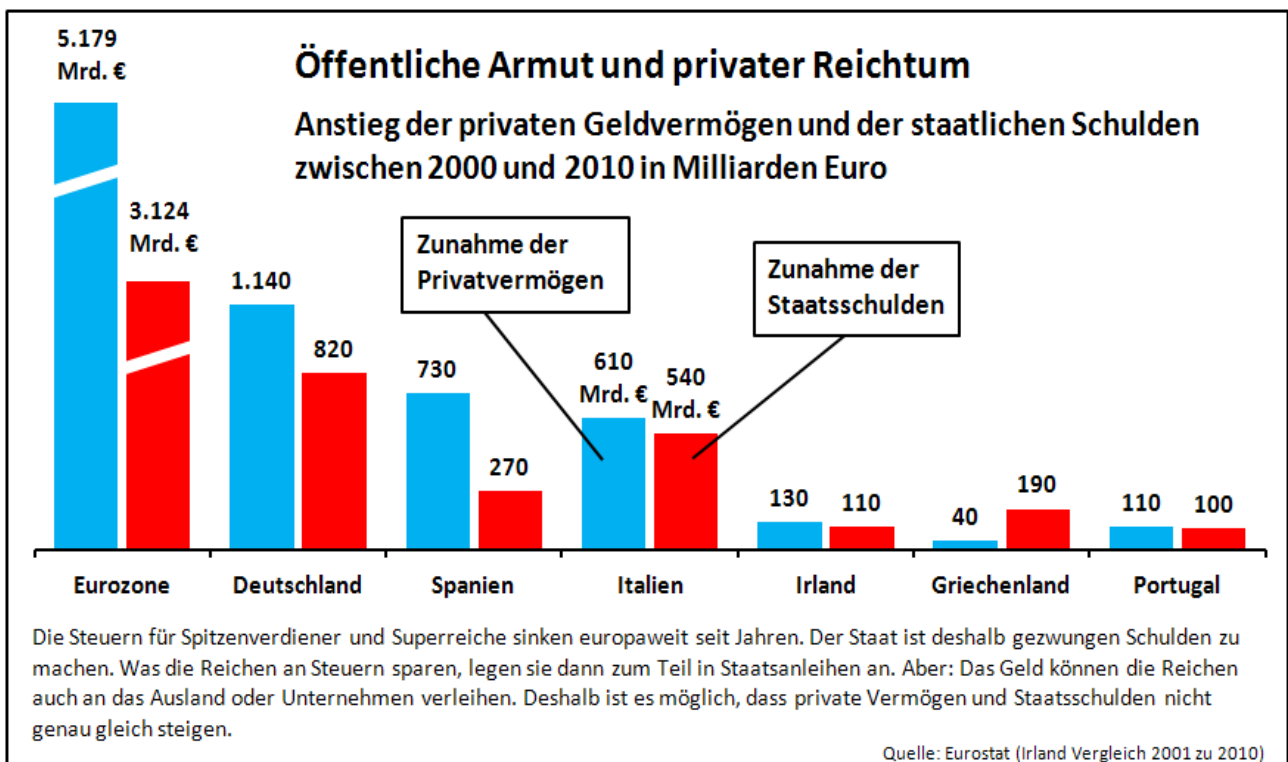
Staatsverschuldung unter Berücksichtigung der Bankenrettungskosten und Steuergeschenke für Reiche deutlich zu reduzieren.

"Wir wollen Vermögen erst ab einer Million Euro besteuern. (...) Wir reden hier also über das reichste eine Prozent der Bevölkerung (...) Die werden doch nicht arm, wenn der Staat in einem Akt ausgleichender Gerechtigkeit sagt: Wir haben in der Finanzmarktkrise die Banken vor dem Totalschaden bewahrt und damit euch vor dem Vermögensverlust."

Frank Bsirske, Verdi-Vorsitzender, 27.8.2012, Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Eine Abgabe in Höhe von 29 Prozent würde die deutsche Staatsschuldenquote genau auf 60 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt senken. Also exakt auf die Höhe, die auch im Fiskalpakt vorgesehen ist und die mithilfe unsozialer Kürzungen erreicht werden soll. Eine Abgabe in Höhe von 29 Prozent ergäbe ein Aufkommen von 546 Milliarden Euro. Die Staatsschulden würden so von 2,1 auf 1,6 Billionen Euro sinken – also um etwa ein Viertel.

Von einer Vermögensabgabe für Millionäre



wären lediglich 0,6 Prozent der steuerpflichtigen Bevölkerung betroffen, das heißt weniger als jeder hundertste. Negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum sind dadurch so gut wie nicht zu erwarten.

Vermögensabgabe macht Millionäre nicht arm – viele noch nicht einmal ärmer:

Die Millionärsfamilie von Dagobert Junior hat vier Kinder und ein Vermögen von zehn Millionen Euro. Das Vermögen ist ertragsbringend angelegt. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rendite von sieben Prozent. Das sind 700.000 Euro im Jahr. Das ist nicht übertrieben, denn nach Merrill Lynch wuchs das Vermögen der Millionäre in Europa 2010 um 7,2 Prozent.

Durch den Freibetrag von einer Million Euro und die Kinderfreibeträge von je 250.000 Euro werden acht Millionen mit einer Abgabe in Höhe von 30 Prozent belegt. Die Abgabe beläuft sich damit auf 2,4 Millionen Euro. Würde die Zahlung auf sechs Jahre und damit sechs Raten verteilt werden, dann könnte Dagobert Junior die jährlich fälligen Raten in Höhe von 400.000 Euro für die Vermögensabgabe locker mit den Erträgen aus seinem Vermögen bezahlen. Unter dem Strich würde das Vermögen von Dagobert Junior sogar weiter wachsen.

Die Zahlung der Abgabe kann über einen festgelegten Zeitraum gestreckt werden. Beim Lastenausgleich zur finanziellen Bewältigung der Kriegsfolgen nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Abgabe von 50 Prozent auf die berechneten Vermögenswerte in 30 Jahren abgezahlt werden – also lediglich 1,67 Prozent pro Jahr.

Damit eine solche Abgabe sich nicht durch die Preissteigerungen in einem solch langen Zeitraum selbst entwertet und die Staatsschulden innerhalb eines überschaubareren Zeitraums abgesenkt werden können, sollte eine neue Vermögensabgabe in Höhe von 30 Prozent in sechs Jahresraten gezahlt werden.

Staatsschulden und Vermögen in den „Krisenländern“ der Eurozone

Auch in den sogenannten Krisenländern der Eurozone sind Staatsschulden und Vermögen der privaten Haushalte parallel gewachsen. Im Zeitraum von 2000 bis 2010 stiegen in allen Ländern der Eurozone die Staatsschulden an. Dabei lassen sich zwei Phasen unterteilen.

Die erste Phase kennzeichnet den Zeitraum bis zum Ausbruch der globalen Banken- und Finanzkrise. In dieser Zeit bis 2007 wuchsen die Schulden moderat. In Spanien zum Beispiel blieben sie in absoluten Zahlen fast konstant. Allerdings hat sich in Spanien in diesem Zeitraum der Bankensektor beim Aufpumpen der Immobilienblase stark verschuldet.

Im zweiten Zeitabschnitt nach dem Platzen der Blase hatten die Banken dann ein massives Problem mit faulen Krediten. Staatliche Kapital-spritzen in den maroden Bankensektor und der Konjunkturunbruch ließen nach 2007 die öffentlichen Schulden Spaniens im Vergleich zu anderen Ländern überdurchschnittlich schnell wachsen. Auch in den anderen Ländern der Eurozone wuchsen in der zweiten Phase von 2007 bis 2010 die Staatsschulden schneller als in der Zeit vor dem Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise.

Noch stärker als die Staatsschulden sind zwischen 2000 und 2010 die Vermögen der privaten Haushalte gestiegen. Das ist an der Entwicklung der Geldvermögen zu erkennen. Leider gibt es für die Sachvermögen der privaten Haushalte keine einheitlich erhobenen Daten für die Eurozone. Aber allein der Zuwachs an Geldvermögen der privaten Haushalte war in den Krisenländern, mit Ausnahme Griechenlands, höher als die Zunahme der Schulden. Und das, obwohl der Anteil des Geldvermögens am Gesamtvermögen in der Regel nur ungefähr die Hälfte ausmacht. In Deutschland beläuft sich der Anteil auf 45 Prozent.

Sonderfall Griechenland: Hier war der Zuwachs an Geldvermögen und an Schulden bis 2007 annähernd gleich und belief sich auf je rund 100 Milliarden Euro. Im Zuge der tiefgreifenden

Krise, die Griechenland am frühesten und aufgrund des katastrophalen Kürzungsdiktats bisher am härtesten getroffen hat, ist das Geldvermögen durch Steuerflucht, Börseneinbruch und die Auflösung von Ersparnissen seit 2007 bereits deutlich gesunken. Ende 2010 stand so in Griechenland dem Anstieg der Staatsschulden in Höhe von 190 Milliarden Euro nur noch ein Anstieg des Geldvermögens in Höhe von 40 Milliarden Euro gegenüber.

Vermögensabgabe in der Eurozone zur Sanierung der Staatshaushalte

Die gesamten Staatsschulden der Eurozone beliefen sich 2011 auf 8,3 Billionen Euro. Dafür mussten die Staaten im gleichen Jahr 300 Milliarden Euro Zinsen an die Banken und Vermögensbesitzer zahlen.

Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat für Deutschland, Italien und Frankreich das Nettovermögen der privaten Haushalte auf einer einheitlichen Grundlage ermittelt. Diese drei Länder umfassen zwei Drittel der Wirtschaftskraft der Eurozone. Das Nettovermögen der privaten Haushalte ist im Durchschnitt der drei Länder knapp fünf Mal so hoch wie das gesamte Bruttoinlandsprodukt der Länder. Entsprechend diesem Verhältnis lässt sich das private Nettovermögen der anderen Länder grob schätzen.

Die Ergebnisse dieser Rechnung sind in der Grafik auf Seite 1 zu sehen.

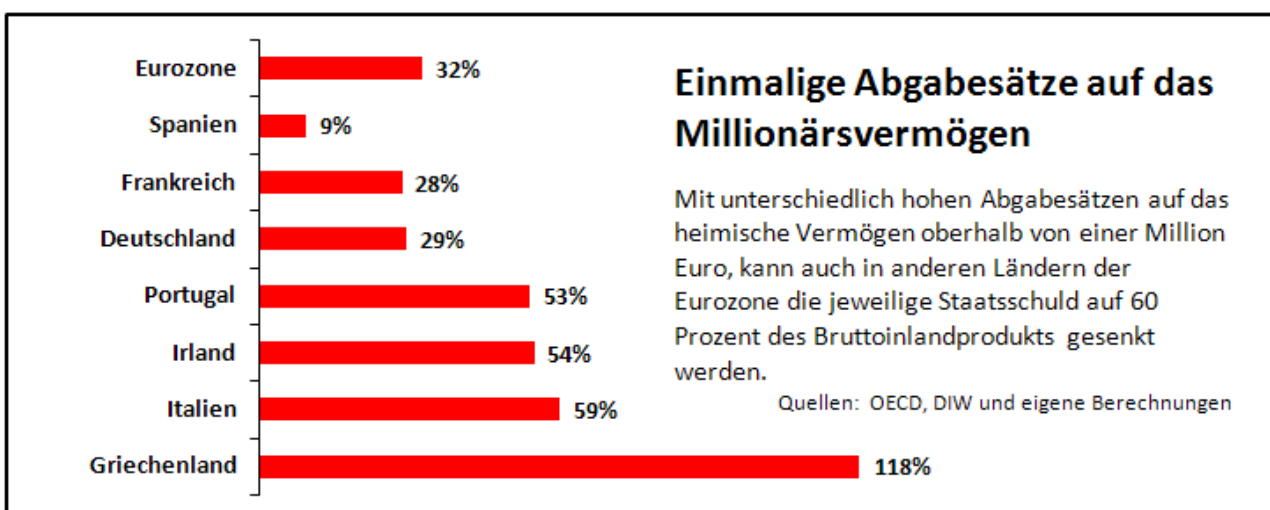
Um zu ermitteln, wie wirksam eine Vermögensabgabe für Millionäre im jeweiligen Land wäre, muss man zusätzlich noch eine Annahme da-

rüber treffen, über welchen Anteil des privaten Nettovermögens die Millionäre dort verfügen. Verwendet man den gleichen Anteil, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für Deutschland ermittelt hat, dann lässt sich das besteuerbare Vermögen der Millionäre in den anderen Ländern grob kalkulieren. Diese Projektion ist vertretbar, weil die Werte für das Maß der Ungleichverteilung der Vermögen in den Ländern der Eurozone im internationalen Vergleich nicht weit auseinander liegen. Außerdem nimmt Deutschland innerhalb der europäischen Länder bei der Vermögensverteilung einen Platz im Mittelfeld ein.

Unter diesen Annahmen kann für jedes Land der Abgabesatz ermittelt werden, der nötig wäre, um die Staatsverschuldung auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Dabei ist ein Freibetrag von 250.000 Euro je Kind berücksichtigt.

In Deutschland kann mit einer einmaligen Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro in Höhe von rund 30 Prozent die Schuldenquote der öffentlichen Hand auf 60 Prozent gesenkt werden.

In der Eurozone könnte mit einem einheitlichen Abgabesatz von 32 Prozent die gesamte Schuldenquote auf 60 Prozent gesenkt werden. Der Satz ist ungefähr so hoch, wie er für Deutschland (29 Prozent) oder Frankreich (28 Prozent) nötig wäre. Die sogenannten Krisenländer Italien, Irland und Portugal benötigten Abgabesätze von rund 50 Prozent. Diese Sätze sind vergleichbar mit dem deutschen Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg, der 50



Prozent betrug. Deutlich abweichend vom Durchschnittssatz wären der niedrige Abgabesatz für Spanien (9 Prozent) und der hohe für Griechenland (118 Prozent).

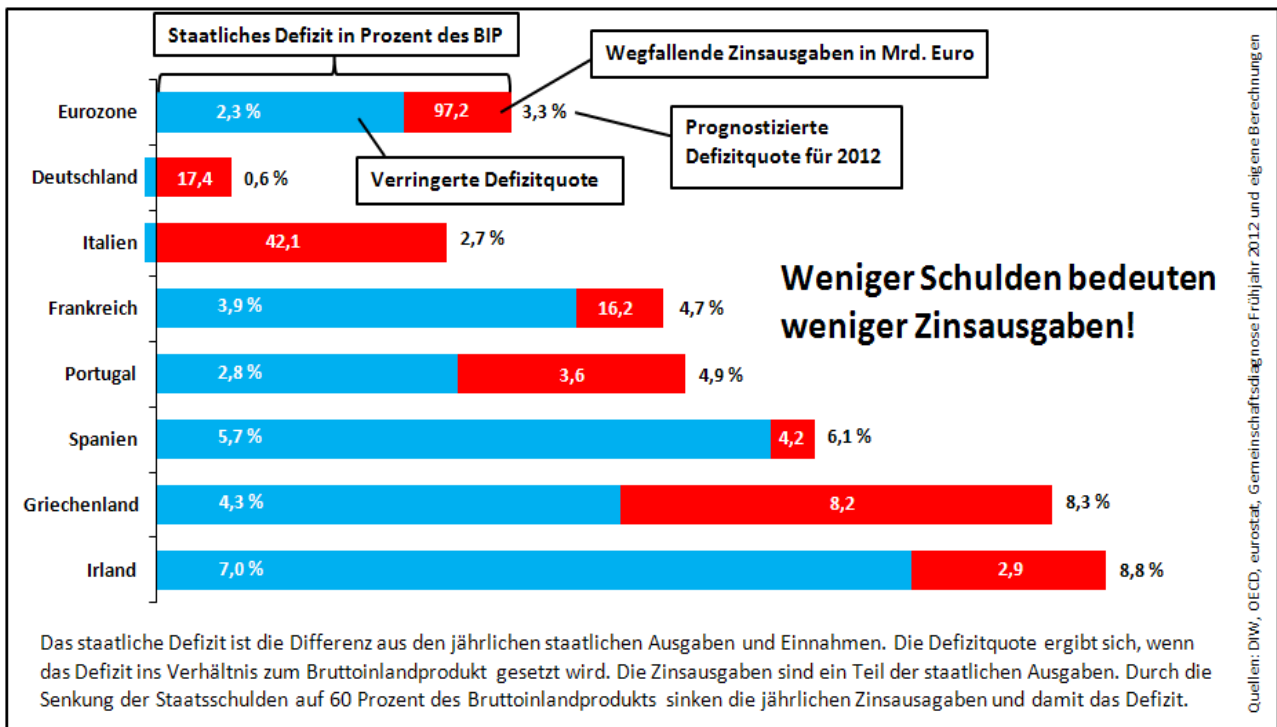
Bei Spanien wäre der Abgabesatz so niedrig, weil die spanische Staatsschuldenquote 2011 nur unwesentlich über der 60-Prozent-Grenze lag. Die Inanspruchnahme des 100-Milliarden-Euro-Bankenrettungspakets 2012 ist dabei noch nicht berücksichtigt. Das würde die Quote sprunghaft auf über 80 Prozent ansteigen lassen. Unter Berücksichtigung von zusätzlich noch vorhandenen faulen Krediten im dreistelligen Milliardenbereich im spanischen Bankensektor scheint daher insgesamt eine Vermögensabgabe in Höhe von 40 bis 50 Prozent zur Lösung des spanischen Schulden- und Bankenproblems nötig zu sein.

In Griechenland würde der Abgabesatz theoretisch 118 Prozent betragen. Das bedeutet: selbst wenn man den Millionären ihr gesamtes Vermögen oberhalb von einer Million wegnehmen würde, wäre eine Schuldenquote von 60 Prozent nicht erreichbar. Mögliche Ursachen dafür sind schon genannt worden: weit fortgeschrittene Kapitalflucht, Firmenpleiten und Auflösung von Ersparnissen. Griechenland wäre deshalb entweder auf ein Milliardengeschenk

aus den anderen Ländern angewiesen, finanziert durch eine entsprechend höhere Vermögensabgabe in diesen Ländern. Oder Griechenland vollzieht zusätzlich zur eigenen Vermögensabgabe einen echten Schuldenschnitt, um eine Schuldenquote von 60 Prozent erreichen zu können.

Obwohl die Vermögensabgabe für griechische Millionäre nicht mehr ausreicht, ist sie jetzt noch die einzig verbliebene Maßnahme, welche den Schaden für die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler noch begrenzen kann. Denn durch die Bankenrettungspolitik der herrschenden Politik á la Merkel haftet inzwischen die europäische Bevölkerung für die das überschuldete Griechenland fast allein. Banken und private Gläubiger haben sich mit Hilfe der Milliarden-Kredite aus dem Rettungsschirm aus dem Staub gemacht.

Schuldenschnitt und Vermögensabgabe sind sich ergänzende Instrumente. Der Schuldenschnitt hat zwei Eigenschaften, die eine Vermögensabgabe nicht aufweist. Er kann auf das Vermögen im Ausland zugreifen. Und er sorgt dafür, dass durch die Schuldenreduzierung auch direkt diejenigen belastet werden, die durch die Bankenrettungen vorher profitiert haben: die Eigentümer und Kreditgeber der



Banken. Denn durch den Schuldenschnitt werden Abschreibungen in den Bilanzen notwendig. So könnte kontrolliert Luft aus dem ausgeblähten Finanzsektor gelassen werden. Die öffentliche Hand muss dabei im Fall von Bankenpleiten die Spareinlagen bis zu einer bestimmten Höhe, den Zahlungsverkehr und die Kreditversorgung für die Wirtschaft sichern.

Weniger Zinsausgaben durch niedrigere Schulden

Durch die Absenkung der staatlichen Schulden auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts muss der Staat erheblich weniger Zinsen zahlen. In Deutschland wären die jährlichen Zinsausgaben um gut 17 Milliarden Euro niedriger.

Durch diese „Ausgabeneinsparung“ würden die öffentlichen Haushalte 2012 in Deutschland sogar einen winzigen Überschuss von 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielen. Die Schulden würden sich so Jahr für Jahr um einen kleinen Betrag weiter abbauen.

Das gleiche gilt für den italienischen Staat. Dort würden sich die jährlichen Zinsausgaben durch eine Absenkung der Schulden um beachtliche 42 Milliarden Euro verringern. So könnten die öffentlichen Haushalte in Italien ebenfalls einen winzigen Überschuss von 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzielen.

In Griechenland würde sich die Neuverschuldung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt durch die gesunkenen Zinsausgaben auf knapp über vier Prozent halbieren und in Portugal unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent fallen.

Vermögensabgabe für Millionäre und Millionärssteuer

Eine einmalige Abgabe für Vermögen ab einer Million korrigiert die Steuergeschenke der letzten Jahrzehnte an die Reichen. Damit verhindert wird, dass in Zukunft die Verteilung der Vermögen wieder ungerechter wird, ist eine große Steuerreform notwendig. Das Steuerkonzept von DIE LINKE sieht vor, dass unter anderem durch eine Reform der Einkommenssteuer, die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die Erhöhung der Körperschaftssteuer für große Konzerne und insbesondere durch eine Vermögenssteuer als Millionärssteuer dem

Staat insgesamt ungefähr 180 Milliarden Euro jährlich für eine solide Haushaltsfinanzierung und eine sozial-ökologische Reformpolitik zur Verfügung gestellt werden.

Vermögensabgabe und eine zusätzliche jährliche Vermögenssteuer machen Millionäre immer noch nicht arm:

Die Millionärsfamilie von Dagobert Junior hat nach der Vermögensabgabe rechnerisch noch ein Nettovermögen von 7,6 Millionen Euro. Nach Abzug der Freigrenze von einer Million Euro und der vier Kinderfreibeträge von je 250.000 Euro bleiben noch 5,6 Millionen Euro zur Besteuerung durch die jährliche Millionärssteuer übrig. Bei einem Steuersatz von fünf Prozent sind also von Dagobert 280.000 Euro zu zahlen.

Zusammen mit der für sechs Jahre zu zahlenden Rate in Höhe von 400.000 Euro für die Vermögensabgabe ergibt das eine Belastung von insgesamt 680.000 Euro.

Da sich das angelegte Vermögen von Dagobert Junior durch die Vermögensabgabe nicht verringert hat (siehe Kasten auf Seite fünf), verschaffen ihm seine zehn Millionen immer noch ein jährliches Einkommen von 700.000 Euro. Er kann also die Raten und die jährliche Millionärssteuer aus seinen Erträgen bezahlen. Sein Vermögen verringert sich nicht.

Das Herzstück einer gerechteren Besteuerung ist die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer mit einem Steuersatz von jährlich fünf Prozent. Bei ihrer Konzipierung 2008 sind wir von einem jährlichen Steueraufkommen von 80 Milliarden Euro ausgegangen. Die neuen Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen, dass inzwischen mit einem höheren Steueraufkommen gerechnet werden kann. Das gesamte Nettovermögen der privaten Haushalte oberhalb einer Million Euro inklusive der berücksichtigten Kinderfreibeträge beläuft sich auf 1.864 Milliarden Euro.

Eine jährliche Steuer von fünf Prozent ergäbe somit mehr als 90 Milliarden Euro.

Gleichwohl: Durch eine einmalige Vermögensabgabe könnte sich das Vermögen der Millionäre verringern und damit auch das mögliche Steueraufkommen einer jährlichen Millionärsteuer.

Vermögensabgabe und Millionärsteuer addieren sich sechs Jahre lang mit jeweils fünf Prozent zu einer Belastung von zehn Prozent. Es mag Fälle geben, in denen eine derartige Gesamtvermögensbelastung zu einer Verringerung führt. Jedoch ergeben sich für die Reichen und Vermögenden laufende Einnahmen aus ihrem Vermögen. Deshalb wird sich das Bruttovermögen vieler Millionäre gar nicht (siehe Beispiel Dagobert Junior) oder nur geringfügig verringern.

Aber selbst wenn die Vermögen verringert werden sollten, damit die Millionärsteuer in ihrem Ertrag geringfügig beeinträchtigt, stünden dem Einsparungen von letztlich 17 Milliarden Euro bei den Zinszahlungen des Staates gegenüber.

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Der Reichtum muss aber *umfair*teilt werden, damit er produktiv zur Gestaltung der Zukunft im Interesse von 99 Prozent der Menschen eingesetzt werden kann. Eigentlich müsste das sogar im Interesse des reichsten ein Prozent sein, denn im Fall einer auseinanderbrechenden Gesellschaft hätten sie auch viel zu verlieren.

Vermögenssteuer entspricht der Verfassung

Das Bundesverfassungsgericht hat 1995 nicht die Vermögenssteuer selbst, sondern nur die



Art und Weise ihrer Erhebung für rechtswidrig erklärt. Der Grund: Damals wurden die Vermögensarten nicht gleichbehandelt, sondern Immobilien und Grundbesitz waren besser gestellt, weil sie nach viel zu alten und damit zu niedrigen Preisen bewertet wurden. Grundsätzliche Bedenken gegen eine Vermögenssteuer sehen die Verfassungsrichter nicht. Der Erste Senat des

Bundesverfassungsgerichts bekräftigte dies 1996: Der Schutz des Eigentums werde durch die Pflicht der Steuerzahlung grundsätzlich nicht berührt.

Auch die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe ist in einer aktuellen juristischen Studie geprüft worden. Prof. Dr. Joachim Wieland von der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer hat für die Hans-Böckler-Stiftung untersucht, ob der deutsche Staat eine einmalige Vermögensabgabe erheben dürfte, um die Vermögen an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen. Sein Fazit: Das Grundgesetz steht dem nicht im Weg.

